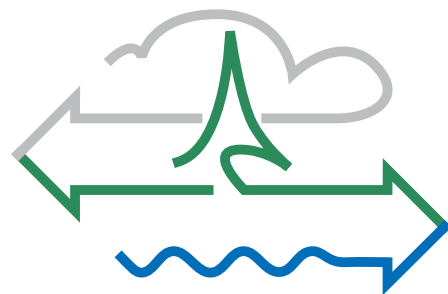


VÖEB

Magazin



MAGAZIN DES VERBANDES ÖSTERREICHISCHER ENTSORGUNGSBETRIEBE

Nr. 20 / 9. Jahrgang / Jänner 2003

Foto: Parlament



Thema:

Es gibt noch viel zu tun

VÖEB legt Forderungskatalog an die Bundesregierung vor

VÖEB-Veranstaltung:

Vom Abfall zum Produkt?

Seite 5

Europäische Union:

Herausforderung EU-Erweiterung

Seite 8

Mitgliederpräsentation:

Ideenreich, ereignisreich, erfolgreich

Seite 15

Liebe Leserin, lieber Leser!

Die Nationalratswahl vom 24. November 2002 ist Geschichte. Auch wenn die Regierungsbildung zum Zeitpunkt des Redaktionsschlusses dieser Ausgabe noch nicht abgeschlossen war, lässt sich festhalten: Es wird neuerlich zu umfangreichen Veränderungen der innenpolitischen Landschaft kommen. Veränderungen, von denen aller Voraussicht nach auch die Umwelt- und Abfallwirtschaftspolitik nicht ausgeschlossen sein werden. Denn beide Bereiche sind politisch gesehen wichtige Bestandteile einer modernen Gesellschaft.

Daher haben wir uns entschlossen, zum zweiten Mal – wie bereits nach der Wahl im Jahr 1999 – einen Forderungskatalog an die künftige Bundesregierung zu erstellen. Darin enthalten sind alle wesentlichen Positionen des VÖEB im Zusammenhang mit den dringlichsten Fragen rund um die künftige Umweltpolitik, die rechtlichen Rahmenbedingungen



abfallwirtschaftlicher Tätigkeiten, der Wirtschafts-, Steuer-, Sozial- und Arbeitspolitik sowie um alle jene Aspekte, die im Zusammenhang mit der kommenden EU-Erweiterung stehen. Dabei haben wir auch Stellungnahmen aus der Branche eingearbeitet – viele von Ihnen werden sich noch an unseren Fragebogen vom November des Vorjahres erinnern.

Der VÖEB dokumentiert mit diesem Forderungskatalog einmal mehr seine Bereitschaft zur aktiven Mitarbeit bei der Gestaltung der politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für die heimische Abfall- und Entsorgungswirtschaft. Wir tun dies aus der Position eines gesunden Selbstvertrauens heraus, gestützt auf das Bewusstsein einer Branche mit rund 20.000 Arbeitsplätzen, umfangreichen Investitionen und technischen Innovationen. Die Vergangenheit hat deutlich gezeigt, dass der VÖEB mit seinen Mitgliedern eine Vielzahl wertvoller Impulse – besonders im Bereich der Gesetzgebung – setzen konnte. Dieses nun vorliegende Forderungspapier stellt eine konsequente Weiterentwicklung unserer aktiven Rolle dar und versteht sich in diesem Zusammenhang auch als eine Art Positionspapier für die kommenden Jahre.

In der Ihnen vorliegenden Ausgabe ist die Titelstory den Inhalten des Forderungspapiers gewidmet. Sollten Sie darüber hinausgehende Anregungen und Beiträge haben, so teilen Sie uns diese bitte mit. Das Papier versteht sich nicht als statische Unterlage, sondern als sich laufend weiterentwickelnde Arbeitsgrundlage für die heimische Entsorgungswirtschaft.

Nicht verabsäumen möchte ich in unserer ersten Ausgabe des Jahres 2003, Ihnen allen nachträglich ein gesundes und erfolgreiches Jahr zu wünschen. Wir werden uns auch heuer darum bemühen, die Interessen der Branche aktiv und erfolgreich zu vertreten und Ihnen dabei mit dem „VÖEB-Magazin“ eine interessante Lektüre zur Verfügung zu stellen.

Mit besten Grüßen
Ing. Peter J. Kneisl
VÖEB-Präsident

Thema:

Es gibt noch viel zu tun

VÖEB legt Forderungskatalog an die Bundesregierung vor

Die Nationalratswahl vom November 2002 ist Geschichte, die Bildung einer neuen Regierung ist aber derzeit noch im Gange. Wie bereits anlässlich der Nationalratswahl 1999 hat der VÖEB auch diesmal einen Forderungskatalog an die neue Bundesregierung erstellt, in dem die wesentlichen Wünsche und Forderungen der heimischen Abfall- und Entsorgungswirtschaft zusammengefasst sind. Die Themen reichen dabei von der allgemeinen Umweltpolitik über rechtliche Rahmenbedingungen bis hin zur Wirtschafts-, Steuer-, Sozial- und Arbeitsmarktpolitik sowie zum Thema EU-Erweiterung.

Wenn man mit Politikern spricht, so gibt es niemanden, der es bestreitet: Eine funktionierende und effizient arbeitende Abfall- und Entsorgungswirtschaft hat wesentlichen Anteil an der Aufrechterhaltung unserer gesunden Umwelt. Die heimische Entsorgungswirtschaft wird jedoch selten ihrer Bedeutung entsprechend berücksichtigt. Die VÖEB-Experten wissen dies, besonders wenn es um den Bereich der nach wie vor überreglementierten Gesetzgebung geht, aus zahlreichen Erfahrungen.

Für den VÖEB ist es daher eine vorrangige standespolitische Aufgabe, an die politischen Entscheidungsträger heranzutreten, ihnen die Zusammenarbeit in Sachfragen anzubieten und gemeinsam an einer Weiterentwicklung der Rahmenbedingungen für die heimische Entsorgungswirtschaft zu arbeiten. In diesem Sinn versteht sich auch der vorgelegte Forderungskatalog, den der VÖEB – wie bereits in der Vergangenheit – als eine Art „Checklist“ für die Arbeit des Verbandes mit Politikern sowie Behörden- und Interessenvertretern für die nächste Legislaturperiode sieht.

Viele offene Forderungen

Der erste VÖEB-Forderungskatalog aus dem Jahr 1999 hat auch heute

noch in weiten Teilen Gültigkeit. Vor allem im Bereich der allgemeinen Umweltpolitik sowie im Hinblick auf die rechtlichen Rahmenbedingungen gibt es nach wie vor unverändert großen Handlungsbedarf. Neu hinzugekommen sind neben dem Wunsch der Definition von Produktqualitäten für den Abfall einige Aspekte im Zusammenhang mit der EU-Erweiterung im Jahr 2004. Nachfolgend fassen wir die wichtigsten Punkte des Forderungskatalogs überblicksmäßig zusammen:

Allgemeine Umweltpolitik

Unter diesem Kapitel fordert der VÖEB nach wie vor die Formulierung einer umfassenden „Leitlinie der Umwelt- und Abfallpolitik“, die als Handlungsvorgabe für die Vereinheitlichung bestehender und für die Ausarbeitung zukünftiger Gesetze dienen soll. Ein weiterer Schwerpunkt in diesem Kapitel ist die Forderung nach einer weiteren

Forcierung der Deregulierung. Vor allem vor dem Hintergrund des inzwischen erfolgreich eingeführten „Entsorgungsfachbetriebes“ (EFB) ist der VÖEB der Überzeugung, dass freiwillige Selbstverpflichtungen der Branche gegenüber einer weiteren gesetzlichen Überreglementierung den Vorzug erhalten sollten.

/// Für den VÖEB ist es die vorrangige standespolitische Aufgabe, aktiv an der Weiterentwicklung der Rahmenbedingungen für die Entsorgungswirtschaft zu arbeiten. ///



Ein neuer und aufgrund der jüngsten Entwicklungen besonders wichtiger Punkt ist die Forderung nach der Definition von Produktqualitäten für den Abfall. Denn dieser kann wertvoller Sekundärrohstoff oder Ersatzbrennstoff sein. Aspekte, die für die heimische Wirtschaft von großer Bedeutung sind. Aber auch aus umweltpolitischer Sicht ist dieser Punkt interessant, bedenkt man z. B. das Einsparungspotenzial an fossilen Primärenergieträgern beim forcierten Einsatz des Abfalls als Ersatzbrennstoff.

Abgerundet wird das Kapitel „Allgemeine Umweltpolitik“ durch die Aufforderungen, offene Fragen zwischen Österreich und der Europäischen Union zu behandeln, Rahmenbedingungen im Einklang mit der österreichischen Klimastrategie zu schaffen sowie klare umweltpolitische und abfallwirtschaftliche Zielsetzungen zu definieren.

Rechtliche Rahmenbedingungen

Weitgehend unverändert gegenüber dem ersten Forderungspapier aus dem Jahr 1999 stehen Harmonisierung, Entflechtung und Reduktion bestehender Rechtsvorschriften sowie die Schaffung von größerer Rechtssicherheit im Vordergrund.

Neu und daher besonders hervorzuheben ist die Forderung nach einer Neuregelung des ALSAG im Einklang mit den EU-Ländern. Gleichzeitig weist der VÖEB darauf hin, dass es keinesfalls eine weitere Branchenbelastung über einen

„ALSAG neu“ geben darf, da schon die derzeitige Regelung zu deutlichen Wettbewerbsverzerrungen zulasten der heimischen Unternehmen führt. Diese Aspekte stellen auch die Rahmenbedingungen der VÖEB-Forderung dar, Aufbringung und Verwendung der ALSAG-Mittel neu zu überdenken.

Eine weitere nach wie vor dringend umzusetzende Forderung ist die rasche Beendigung der Rechtszersplitterung im Abfallrecht. Denn immer noch existiert die Situation von neun Landes-AWGs und einem Bundes-AWG. Weitere Punkte im Papier betreffen die Schaffung eines österreichweit einheitlichen Abfallbegriffs, die Schaffung rechtlicher und technischer Grundlagen sowie die Definition der Begriffe „Verwertung“ und „Beseitigung“.

Im Kapitel „Rechtliche Rahmenbedingungen“ steckt allerdings auch ein Angebot des VÖEB an die Politik: Um das wichtiger werdende Lobbying in Brüssel optimieren zu können, regt der VÖEB die Einrichtung eines regelmäßig tagenden Forums von Behördenvertretern und VÖEB-Experten an. Mit dem Ziel, im Vorfeld der Verhandlungen in Brüssel eine professionelle Abstimmung der österreichischen Positionen zu erreichen.

Wirtschafts- und Steuerpolitik

Auch in diesem Kapitel haben sich seit 1999 keine wesentlichen Veränderungen ergeben. Im Mittelpunkt dieses Forderungspaketes steht nach wie vor die dringende Aufforderung an die

Politik, die steuerliche Gleichbehandlung von kommunalen und privaten Entsorgungsbetrieben herzustellen. Denn die Ungleichbehandlung schwächt die Betriebe der heimischen Entsorgungswirtschaft und gefährdet auch Arbeitsplätze. Vor allem unter dem sich verschärfenden Wettbewerbsumfeld nach der EU-Erweiterung kommt dieser Forderung eine immer größere Bedeutung zu.

Abgerundet wird dieses Kapitel mit den Wünschen nach einer Forcierung privatwirtschaftlicher Alternativen (vor allem im gewerblichen Bereich), der Übertragung von mehr Aufgaben und Verantwortung an private Unternehmen und nach einer aktiven Unterstützung der freiwilligen Branchenlösung „EFB“ auch vonseiten der Politik. Letzteres vor allem deshalb, um die bereits angesprochene gesetzliche Überreglementierung einzudämmen.

Sozial- und Arbeitspolitik

Neben der umweltpolitischen Bedeutung kommt der heimischen Entsorgungswirtschaft auch eine sozial- und arbeitsmarktpolitische Bedeutung zu. Diese wird allerdings häufig unterschätzt. Mit immerhin ca. 20.000 Beschäftigten ist die Entsorgungsbranche in den letzten Jahren zu einem bedeutenden Arbeitgeber geworden. Diese Tatsache und der Umstand, dass viele Dienstleistungen der Entsorgungswirtschaft in arbeitsmedizinisch und sicherheitstechnisch sensiblen Bereichen angesiedelt sind, bedeuten eine große Verantwortung für die Branche. Mit der

Fortsetzung auf Seite 4

/// Ein akutell wichtiger Punkt ist die Forderung des VÖEB nach der Definition von Produktqualitäten für den Abfall. ///



- ➔ Sie sind auf der Suche nach fachspezifischen Programmen, wie z. B.: Gefäßverwaltung?
- ➔ Sie sind auf der Suche nach einem bewährten Buchhaltungsprogramm?

MESONIC

- ▣ Finanzbuchhaltung
- ▣ Fakturierung
- ▣ Lohnverrechnung
- ▣ Kostenrechnung
- ▣ Anlagenbuchhaltung

Wir haben die LÖSUNG!

Mehr Infos dazu auf:
[http:// www.edv-r.com](http://www.edv-r.com)

edv-IT Computer

Ing. Harald Rettenbacher
Aich 186
A-8966 Aich-Assach

Tel.: +43 (0)3686 20160-0
Fax: +43 (0)3686 20160-40
www.edv-r.com, office@edv-r.com



entsprechend sorgsam umgegangen wird. Vor diesem Hintergrund fordert der VÖEB daher auch arbeitsrechtliche Klarstellungen ein, erwartet die gemeinsame Lösung arbeitsmedizinischer und sicherheitstechnischer Fragen und will sich gemeinsam mit der neuen Bundesregierung aktiv für die verstärkte Implementierung des Lehrberufes „Entsorgungs- und Recyclingtechniker“ einsetzen.

EU-Erweiterung

Ein gegenüber dem letzten Forderungskatalog aus dem Jahr 1999 neues Kapitel ist der Europäischen Union gewidmet. Dabei geht es dem Verband einerseits um die rasche Umsetzung von EU-Vorgaben und EU-Richtlinien, bei denen es nach wie vor einen Nachholbedarf gibt. Andererseits lenkt der VÖEB sein Augenmerk in der näheren Zukunft verstärkt auf die Notwendigkeit, durch ein starkes Engagement in Brüssel und im Rahmen bilateraler Verhandlungen mit den Beitrittskandidaten eine Verhinderung von Umweltdumping sicherzustellen. Denn geringere Umweltstandards – vor allem in unseren Nachbarländern – könnten zu einer Wettbewerbsverzerrung und somit auch zu einer Gefahr für heimische Arbeitsplätze führen.

Forderungskatalog als Arbeitsgrundlage

Der aktuelle Forderungskatalog des VÖEB an die neue Bundesregierung kann natürlich nicht alle Forderungen, Wünsche und Anregungen der Branche enthalten. Er umfasst aber die wichtigsten Punkte und versteht sich daher primär als Leitlinie für eine konstruktive Zusammenarbeit, die der VÖEB in diesem Zusammenhang nochmals ausdrücklich betonen möchte. Selbstverständlich werden aber auch in den nächsten Jahren neue Aspekte, Anregungen und Wünsche jederzeit in dieses Papier eingearbeitet werden können. Denn es handelt sich nicht um ein statisches Papier, sondern um eine sich ständig weiterentwickelnde, den aktuellen umwelt- und wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen Rechnung tragende Arbeitsunterlage für die kommende Legislaturperiode.

Mitgliederbefragung bestätigt VÖEB-Forderungskatalog

Bei der Erstellung des VÖEB-For-

Foto: Parlament



Der VÖEB erwartet von Regierung und Nationalrat wichtige Weichenstellungen in Umwelt-, Wirtschafts- und Steuer-, Sozial- und Arbeitsmarktpolitik sowie im Zuge des EU-Erweiterungsprozesses.

derungskatalogs fanden auch die Ergebnisse einer Mitgliederbefragung Eingang in das Papier. Die Mitglieder wurden zu den aus ihrer Sicht wichtigsten Aufgaben der kommenden Legislaturperiode befragt. Die Rücklaufquote von 38 % dokumentiert das große Interesse an den kommenden Aufgabenstellungen.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass eine überwiegende Mehrheit der VÖEB-Mitglieder die Forderungen nach Deregulierung, Reduktion bzw. Vereinheitlichung von Gesetzen und eine Verwaltungsvereinfachung unterstützt. Weiters wünschen sich die VÖEB-Mitglieder ein aktiveres Engagement und Lobbying sowohl in Brüssel als auch in den Erweiterungsländern. Hinsichtlich der konjunkturellen Aussicht herrscht so etwas wie verhaltener Pessimismus, obwohl doch eine überwiegende Mehrheit Neuinvestitionen in der kommenden Zeit plant.

Deregulierung und einheitliches AWG

Die Antworten auf die Frage nach den Forderungen im Hinblick auf gesetzliche Rahmenbedingungen und freiwillige Branchenvereinbarungen waren eindeutig: 73 % der Teilnehmer sprachen sich für ein einheitliches AWG aus, 65 % für eine klare Definition der Begriffe „Verwertung“ und „Beseitigung“ und 52 % für die Aufhebung der steuerlichen Ungleichbehandlung zwischen kommunalen und privaten Entsorgungsbetrieben. Forderungen, die ebenso deutlich in den Katalog des VÖEB übernommen wurden.

69 % sind der Ansicht, dass der mit dem EFB eingeschlagene Weg der Selbstverpflichtung weiter zu forcieren ist. Mit dem Ziel, die Deregulierung und Reduktion der Gesetzesflut rascher voranschreiten zu lassen. Ein überzeugendes Votum, das als Bestätigung für den vom VÖEB vor einigen Jahren eingeschlagenen Weg interpretiert werden kann.

Aktive Teilnahme an EU-Erweiterung steht im Vordergrund

Durchaus überraschend die Ergebnisse bei der Fragestellung zur EU-Erweiterung. Die mit 69 % größte Zustimmung erhielt die Forderung nach einer unverzüglichen Übernahme der EU-Bestimmungen im Umweltbereich durch die Erweiterungsländer. Gefolgt vom Wunsch nach offensivem Lobbying in den Beitrittskandidatenländern zur Verhinderung von Umweltdumping (67 %) und einem aktiven und rechtzeitigen Lobbying in den Brüssler Entscheidungsprozessen (65 %). Vergleichsweise gering demgegenüber die Forderung nach der Festlegung mehrjähriger Übergangsfristen in den Beitrittsländern, die lediglich von 33 % der Befragungsteilnehmer gewünscht wird. Ein Ergebnis, das vom Selbstvertrauen der heimischen Entsorgungsbranche zeugt und klar unterstreicht, dass den aktiven Schritten in und mit den Beitrittsländern der Vorzug gegeben wird.

Ja zur Lehrlingsausbildung

Auf die Frage, wie wichtig die professionelle Lehrlingsausbildung zum



„Entsorgungs- und Recyclingfachmann/-frau“ sei, antworteten immerhin 58 % mit sehr wichtig bzw. wichtig. Auch dieses Votum ist eine Bestätigung für den Verband, die dazu gesetzten Initiativen weiter fortzusetzen.

Gedämpfte Konjunkturaussichten

Ebenfalls wenig überraschend das Ergebnis der Befragung im Zusammenhang mit den erwarteten konjunkturellen Aussichten. Zwar gehen 55 % der Befragungsteilnehmer davon aus, dass die konjunkturellen Aussichten für die Entsorgungswirtschaft in den Jahren 2003 und 2004 gleich bleibend sein werden. Aber immerhin 25 % beurteilen die Aussichten schlechter als derzeit und lediglich 12 % sind der Ansicht, dass die Konjunktur in diesen zwei Jahren zu einer Verbesserung der Auftragslage führen wird. Hier decken sich die Erwartungshaltungen mit der allgemeinen Konjunkturstimung in Österreich bzw. Europa.

Trotz dieser eher gedämpften konjunkturellen Erwartungshaltung gaben 86 % der Befragungsteilnehmer an, im nächsten Jahr Neuinvestitionen zu tätigen. Spitzenreiter war dabei der Fuhrpark, gefolgt von Anlagenadaptierung und der Errichtung neuer Anlagen bzw. einer Standorterweiterung. Dieses Ergebnis zeigt, dass sich die heimische Entsorgungswirtschaft ihrer Verantwortung bewusst ist, jederzeit – auch in konjunkturell schwierigen Zeiten – „state of the art“ zu arbeiten und dementsprechend insbesondere im Hinblick auf die Erfordernisse der Umsetzung der Deponie-Verordnung in neueste Anlagen und Technologien zu investieren. ■

Sie können den Forderungskatalog bei der VÖEB-Bundes-Geschäftsstelle anfordern (Tel. 01/713 02 53, Fax 01/715 21 07, E-Mail: voeb@voeb.at). Darüber hinaus steht Ihnen VÖEB-Geschäftsführerin Mag. Daisy Schulze-Bauer für Anregungen und Ergänzungsvorschläge zum Forderungskatalog zu Verfügung.



VÖEB-Veranstaltung:

Vom Abfall zum Produkt?

Ein Bericht über die von Umweltbundesamt und VÖEB organisierte Veranstaltung zum Thema Industrielle Mitverbrennung

Das Jahr 2004 und die zu diesem Zeitpunkt in Kraft tretende Deponie-Verordnung haben vieles in Bewegung gesetzt. Auch das Thema der industriellen Mitverbrennung. Denn die gesetzlichen Anforderungen zur Inertisierung von Abfällen vor ihrer Deponierung ergeben einen beträchtlichen Bedarf an thermischen Behandlungsanlagen. So gehen Schätzungen der Montanuniversität Leoben und des Umweltbundesamtes davon aus, dass ab 2004 etwa 2,5 Millionen Tonnen Abfall zusätzlich einer thermischen Verwertung zugeführt werden müssen. Aber selbst wenn alle geplanten Verbrennungsanlagen verwirklicht werden, gehen Experten von einem Behandlungsdefizit von über einer Million Tonnen aus. Ein Großteil davon hat das Potenzial, einer thermischen Nutzung in der Industrie oder in Kraftwerken zugeführt zu werden. Der VÖEB wollte gemeinsam mit dem Umweltbundesamt alle Fragen rund um die industrielle Mitverbrennung vorbehaltlos zur Diskussion stellen. 175 Teilnehmer der Veranstaltung am 19. September 2002 im Wiener Haus der Industrie zeigten deutlich, dass an dieser Diskussion in Österreich großes Interesse besteht.

Die Frage „Industrielle Mitverbrennung – ja oder nein?“ stellt sich in der Zwischenzeit nicht mehr. Tatsächlich geht es inzwischen mehr um die Frage des „Wie“. Nicht zuletzt aufgrund des Umstandes, dass am 2. November 2002 die Verbrennungsverordnung, gültig für Allein- und Mitverbrennung, in Kraft getreten ist.

Auch die im Jahr 2000 erfolgte Gründung der Österreichischen Gütegemeinschaft für Sekundärenergieträger – ÖG-SET – ist Beleg dafür, dass sich die Branche bereits seit einigen Jahren intensiv mit diesem Thema auseinandersetzt. Vor allem mit der Definition von Produktqualitäten für den Abfall. Von großer Bedeutung ist dieser Aspekt der Abfallnutzung hinsichtlich seines Einsatzes als Sekundärrohstoff oder eben als Ersatzbrennstoff. Denn die Nutzung des verwertbaren Abfalls als Ersatzbrennstoff bedeutet nicht nur die Erfüllung umweltpolitischer Forderungen, sondern würde auch ein enormes Einsparungspotenzial an fossilen Energieträgern mit sich bringen.

Der nachfolgende Bericht gibt einen Überblick über die im Rahmen der Veranstaltung gehaltenen Vorträge und Diskussionsbeiträge.

Dipl.-Ing. Christian Holzer vom Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft beschäftigte sich in seinem Vortrag mit der Umsetzung der EU-Richtlinie 2000/76/EG über die Verbrennung von Abfällen. Damit wurden für die Verbrennung von Abfällen klare Rahmenbedingungen geschaffen, und zwar sowohl für reine Abfallverbrennungsanlagen als auch für so genannte Mitverbrennungsanlagen, die neben Regelbrennstoffen eben auch Abfälle zur Energiegewinnung einsetzen. DI Holzer führte aus, dass es zwar weiterhin die 40%-Begrenzung für den Einsatz von gefährlichen Abfällen gibt, eine Mengengrenzung für den Einsatz von nicht gefährlichen Abfällen allerdings nicht mehr vorgesehen ist. Wesentlich ist weiters der Aspekt, dass der aus der Mitver-

Fortsetzung auf Seite 6



brennung resultierende Abgasanteil zu keinen höheren Schadstoffemissionen führen darf als bei Alleinverbrennungsanlagen.

Mitverbrennung am Beispiel Kärnten

Wie sich die industrielle Mitverbrennung an einem konkreten Beispiel auswirkt, darüber berichtete **Dipl.-Ing. Harald Tschabuschnig** von der Kärntner Landesregierung. Auf Basis der Abfallmengen aus dem Jahr 1990, das waren insgesamt rund 200.000 Tonnen Haus-, Sperr- und Betriebsmüll, entstand eine Initiative des Landes zur Einbindung der Industriebetriebe in die Abfallentsorgung. Ab 1991 wurden mit den in Frage kommenden Betrieben konkrete Verhandlungen geführt. Mit dem Ergebnis, dass insgesamt sechs Betriebsstandorte in Frage kamen und genau definierte bestimmte Abfallsorten entsorgt werden sollten. Eine Entsorgung von Hausmüll in den Industriebetrieben wurde nicht weiter verfolgt. Sehr wohl hingegen Klärschlamm, Altholz, Kfz-Werkstättenabfälle, Kunststoffe, Altöle, Lösemittel, Textilabfälle und Tiermehl. Insgesamt wurden mit Stand 2002 Kapazitäten in der Höhe von etwas über 163.000 Tonnen genehmigt. Im Jahr 2001 wurden insgesamt 109.500 Tonnen im Rahmen der industriellen Mitverbrennung entsorgt. Aus Kärntner Sicht wird eine Umsetzung der Deponie-Verordnung nur dann gelingen, wenn es zu einer weitestgehenden Ausnutzung aller industriellen Mitverbrennungsmöglichkeiten kommt.

Die Stellung des Umweltbundesamtes

Die Position des Umweltbundesamtes präsentierte **Dipl.-Ing. Hubert Grech**.

Aus Sicht des UBA sollte in einem ersten Schritt versucht werden, Qualitäten der Abfälle zur Verbrennung bestimmbar zu machen. Das würde bedeuten, eine praktikable Methode zur reproduzierbaren und repräsentativen Probennahme und Probenaufbereitung zu entwickeln. Darin inkludiert müsste natürlich auch ein System zur Qualitätssicherung sein. Das Umweltbundesamt, so berichtete DI Grech, arbeitet gemeinsam mit dem BMLFUW an einem derarti-

gen Projekt, das die heizwertreichen Abfallfraktionen aus MBA und MA näher betrachtet.

Beispiel für eine Nutzung von Sekundärenergieträgern

Ein interessantes Konzept für die hochwertige Nutzung von Sekundärenergieträgern präsentierte im Anschluss daran **Dr. Kurt Wengenroth**, Geschäftsführer der Herhof-Umwelttechnik GmbH aus Deutschland. Dr. Wengenroth zeigte sich in seinem Vortrag davon überzeugt, dass sich in der Zusammenarbeit mit energieintensiven Branchen der Industrie neben den „klassischen“ Feldern der Verwertung in der Zement- oder Papierindustrie und den Möglichkeiten der Mitverbrennung in Kohlekraftwerken bereits mittelfristig ein hochinteressanter neuer Markt zur Verwertung von Sekundärbrennstoffen abzeichnet.

die ISWA, die WKÖ (Bundessektion Industrie mit den Fachverbänden Papierindustrie, Holz verarbeitende Industrie, chemische Industrie und Bergwerke und Eisen erzeugende Industrie) sowie das BMLFUW. Die Aufgabe der ÖG-SET besteht darin, die Herstellung und den Einsatz von qualitätsgesicherten Abfällen als Sekundärenergieträger in industriellen Feuerungsanlagen zu objektivieren. Zielsetzung der ÖG-SET:

- Ausarbeitung von entsprechenden Regelungen für die Probennahme, Probenaufbereitung sowie Validierung bzw. Weiterentwicklung von Analyseverfahren,
- Bewertung der Auswirkungen der erarbeiteten Regelungen auf den Einsatz von Sekundärenergieträgern in industriellen Anlagen und
- Erarbeitung eines Gütesicherungskonzeptes als Grundlage für ein Gütezeichen.



VÖEB und UBA beleuchteten im Rahmen einer hochkarätig besetzten Veranstaltung im September 2002 aktuelle Aspekte der industriellen Mitverbrennung.

Gütesicherung für Sekundärbrennstoffe

Wie die von beinahe allen Referenten angesprochene Qualitätssicherung für Sekundärbrennstoffe in der Praxis sichergestellt werden kann, darüber referierte **Dipl.-Ing. Michael Schelch** von der Österreichischen Gütergemeinschaft für Sekundärenergieträger, kurz ÖG-SET. Die ÖG-SET wurde im Jahr 2000 auf Initiative und unter Federführung des VÖEB – namentlich des Präsidenten Ing. Peter J. Kneissl – gegründet. Mitglieder sind neben dem VÖEB der VÖZ, der VEÖ, die Industriellenvereinigung,

Das Projekt wird vom Institut für Entsorgungs- und Deponietechnik der Montanuniversität Leoben koordiniert und in Zusammenarbeit mit heimischen Partnern aus der Wirtschaft bearbeitet. Die auf zwei Jahre anberaumte interdisziplinäre Forschungstätigkeit wird auch vom Forschungs-Förderungs-Fonds für die gewerbliche Wirtschaft (FFF) unterstützt.

Abfall in der Zementindustrie

Zum Thema qualitatives Splitting als Vorbereitung einer Alternativbrenn-





Ein „klassischer“ Einsatzort für die industrielle Mitverbrennung: die heimische Zementindustrie (im Bild das Zementwerk Mannersdorf der Lafarge-Perlmooser AG).

stoffproduktion berichtete **Dipl.-Ing. Sebastian Spaun** von der Vereinigung der österreichischen Zementindustrie (VÖZ) über den Abfalleinsatz am Beispiel der Zementindustrie.

Auch DI Spaun beschäftigte sich in seinen Ausführungen vorrangig mit den (Qualitäts-)Anforderungen an einen Alternativbrennstoff.

Derzeit werden rund eine Million Tonnen pro Jahr alternative Roh- und Brennstoffe in der österreichischen Zementindustrie eingesetzt. Insgesamt stieg der Anteil der Alternativbrennstoffe von 6 % im Jahr 1988 auf inzwischen beachtliche 45 % im Jahr 2001.

Ausführlich ging DI Spaun auch auf die positiven Auswirkungen des Abfalleinsatzes als Ersatzbrennstoff in der Zementindustrie ein. Dies umfasst vor allem die Einsparung des Imports von 150.000 Tonnen Kohle pro Jahr, die damit verbundene Minderung von CO₂- und anderen Treibhausgasemissionen, die Schonung von Deponievolumen und die Erreichung höchster Effizienz bei der Energie- und Rohstoffverwertung.

Mitverbrennung in Kraftwerken – künftige Entwicklungen

Unter diesem Titel beschäftigte sich **Dr. Josef Walzl** von der Oberösterreichischen Energie AG mit der Mitverbrennung in Kraftwerken. Dabei verwies Dr. Walzl vor allem auf die Erfahrungen bei der Verwertung der anfallenden Mengen an Tiermehl und Tierfett. Der Anteil an der Verwertung durch die Energie AG beträgt immerhin bereits 50 %, wobei die anfallenden Mengen



Stellt das Rückgrat der Umsetzung der Deponie-Verordnung dar: die thermischen Abfallbehandlungsanlagen, wie z. B. die AVN-Anlage in Zwentendorf/Dürnröhr (NÖ).

für die Erzeugung von Strom und Fernwärme genutzt werden.

Vom Abfall zum Produkt – rechtliche Rahmenbedingungen nach EuGH-Urteilen

VÖEB-Rechtsberater **Dr. Christian Onz** informierte die TeilnehmerInnen im Anschluss über ein Erkenntnis des VwGH, in dem erstmals die Produkteigenschaft eines aus Abfällen hergestellten Brennstoffes festgestellt wurde, sodass die nachfolgenden Nutzer dieses Brennstoffes nicht mehr dem Abfallrecht unterliegen.

Angeregte Diskussion

Nach den Referaten folgte eine Podiumsdiskussion, an der unter der Moderation von **Leopold Lukschandler**, Chefredakteur der Zeitschrift „Umweltschutz“, **Sektionschef Dr. Leopold Zahrer** vom BMLFUW, **Dr. Karl-Heinz Gruber** vom VÖEB-Arbeitskreis „Verbrennung“, **Dipl.-Ing. Hans-Jörg Glinz** von den W+P Zementwerken, **Dipl.-Ing. Walter Scharf** von der Ingenieurgesellschaft IUT, **Dr. Ilse Schindler** vom UBA und **Dipl.-Ing. Wolfgang Konrad** (selbstständiger Bauingenieur) teilnahmen. Breite Akzeptanz fand im Rahmen der Diskussion der Aspekt, zunehmende Akzeptanz für die Herstellung und den Einsatz von qualitätsgesicherten Sekundärbrennstoffen zu erzielen – entsprechend dem Titel der Veranstaltung „Vom Abfall zum Produkt?“. Dass dies nicht nur von ökonomischem Interesse ist, sondern auch großen ökologischen Nutzen mit sich bringt, war ein weiteres Ergebnis der Vorträge und Diskussionsbeiträge.

Alles in allem eine Veranstaltung, mit der vonseiten des VÖEB ein umfassender Beitrag zur Zusammenfassung der aktuellen Positionen zum Thema „Industrielle Mitverbrennung“ und zur Diskussion der noch offenen Fragen geleistet wurde. ■

Wir danken unseren Sponsoren



Herausforderung EU-Erweiterung

Chancen und Risiken der größten Erweiterung der Europäischen Union



In Ergänzung zu einem Artikel in der letzten Ausgabe des „VÖEB-Magazins“, in dem über die VÖEB-Jahreshauptversammlung unter dem Motto „EU-Erweiterung – Chance oder Risiko?“ berichtet wurde, fassen wir nachfolgend einen Vortrag von Anne Baum-Rudischhauser zusammen, den sie anlässlich der letztjährigen VBS-Jahrestagung in Bad Griesbach am 9. November 2002 gehalten hat. Frau Baum-Rudischhauser ist BDE-Vertreterin in Brüssel und als solche eine exzellente Kennerin der aktuellen Situation rund um den europäischen Erweiterungsprozess. Sie konzentriert sich in ihren Ausführungen auf die Darstellung der Chancen und auf deutliche Hinweise im Bezug auf die zu erwartenden Risiken.

Europäische Union steht vor der größten Erweiterung

Die Weichen für die bisher größte Erweiterung sind gestellt, der Fahrplan festgelegt. Mit Mai 2004 treten Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, die Slowakische Republik, Slowenien, die Tschechische Republik, Ungarn und Zypern der Europäischen Union bei. Für Bulgarien und Rumänien wird der Beitritt im Jahr 2007 in Aussicht gestellt.

Aus heutiger Sicht bedeutet dieser Schritt einen Einwohner-Zuwachs von fast einem Drittel, konkret wird die Bevölkerung von 370 auf 450 Millionen steigen. Die Fläche wird um 22 % zunehmen. Die Union wird damit mit Abstand zum größten Binnenmarkt der westlichen Welt, womit sich für die EU-Mitgliedsstaaten neue Herausforderungen und Absatzmärkte in Mittel- und Osteuropa ergeben.

Enorme Investitionen notwendig

Um diese wirtschaftlichen Chancen aber auch nutzen zu können und um den Anschluss der neuen an das Niveau der bestehenden Mitglieder so rasch wie möglich zu vollziehen, sind enorme Investitionen erforderlich. So werden nach Schätzungen der Kommission allein im Umweltbereich 120 Milliarden Euro (noch einmal zur Verdeutlichung in Schilling: 1.651 Mrd. ATS!!) erforderlich sein, um die europäischen Standards zu erreichen. Auch diese Zahl belegt Poten-

zial und die Chancen in diesem künftigen neuen Wirtschaftsraum. Gleichzeitig macht die bescheidene Zunahme des Bruttoinlandsproduktes (BIP) von etwa 4 % auch die Risiken deutlich, die mit der Erweiterung verbunden sind. Denn dieses geringe Wachstum macht deutlich, dass große Volkswirtschaften mit geringer Wertschöpfung in die Gemeinschaft integriert werden müssen.

Klar strukturierte Verhandlungsprozesse

Da es nach den EU-Verträgen nur eine Vollmitgliedschaft geben kann, müssen die Beitrittskandidaten alle Rechte und Pflichten akzeptieren, die sich aus den seit 1953 geschlossenen EU-Verträgen ergeben. Um den dazu notwendigen Verhandlungsprozess besser strukturieren zu können, teilte die Kommission den Rechtsbestand in 31 Kapitel auf: von öffentlichem Auftragswesen über Finanzen, Fischerei, Freiheit des Warenverkehrs, Landwirtschaft, Gesundheits- und Verbraucherschutz bis zur Umweltpolitik.

Im Umweltbereich sind auf Gemeinschaftsebene in den letzten 25 Jahren über 200 Regelungen verabschiedet worden, davon 140 Richtlinien. Dieses Regelwerk muss nun auch von den Beitrittskandidaten übernommen werden. Wobei die Umsetzung in das jeweilige

Foto: VÖEB



Anne Baum-Rudischhauser,
BDE-Vertreterin
in Brüssel

nationale Recht die kleinere Hürde darstellt. Eine viel größere Herausforderung besteht darin, die Einhaltung der europäischen Vorgaben in der Praxis sicherzustellen. Dazu benötigt es modern ausgerüstete, effiziente Genehmigungs- und Überwachungsbehörden sowie enorme Investitionen in Infrastruktur und moderne Umwelttechnologien.

Kritisches Kapitel Umwelt

Vor diesem Hintergrund ist es nicht weiter verwunderlich, dass vor allem die Umwelt zu den kritischen Verhandlungskapiteln gehört hat. Dass die Einhaltung der Umwelt-Regelungen selbst für die aktuellen Mitgliedsstaaten nicht immer einfach ist, zeigt sich aus einigen Kennzahlen: So entfiel im Jahr 2001 ein Drittel aller Beschwerde- und Vertragsverletzungsverfahren auf den Umweltbereich. Und allein im letzten Jahr wurden 600 umweltrelevante Beschwerden bei der Kommission eingereicht. Was die anhängigen Vertragsverletzungen angeht, so schneidet insbesondere der Abfallbereich schlecht ab.

Übergangsfristen machen Sorgen

Die neuen Mitglieder müssen zwar den gemeinschaftlichen Besitzstand vollständig übernehmen, die Uni-



on gesteht ihnen allerdings aufgrund beträchtlicher makroökonomischer Konvergenzdefizite in einigen sensiblen Bereichen Übergangsfristen zu. Dazu gehören auch der Umwelt- oder besser gesagt der Abfallbereich. Denn die überwiegende Anzahl der Übergangsregelungen, die in diesem Kapitel ausgehandelt wurden, beziehen sich auf Abfallregelungen: auf die Deponie-, Verbrennungs- und Verpackungs-Richtlinien sowie auf die Abfallverbringungs-Verordnung.

Von den zehn Beitrittsländern haben neun Übergangsfristen für die Verpackungs-Richtlinien beantragt: Ungarn, Zypern und Tschechien bis 2005, Litauen bis 2006, Polen, Lettland, Slowenien und Slowakei bis 2007 und Malta bis 2009. Lediglich Estland sieht sich in der Lage, die Anforderungen der Richtlinie ab dem Moment des Beitritts 2004 zu erfüllen. Im Hinblick auf die Deponie-Richtlinie wird Estland eine Übergangsfrist bis 2009, Polen sogar eine Frist bis 2012 zugestanden. Bezüglich Verbrennungs-Richtlinie wurde mit Ungarn eine Übergangsfrist bis 2005 und mit der Slowakei bis 2006 ausgehandelt. Für Polen gilt schließlich auch noch eine Übergangsfrist bis 2007 im Zusammenhang mit der Verbringungs-Verordnung.

Die negativen Folgen langer Übergangsfristen sind dabei klar:

- Es kommt zu beträchtlichen innereuropäischen Wettbewerbsverzerrungen durch unterschiedliche Standards,
- es entstehen in den Beitrittsländern weitere Altlasten,
- es sind zusätzliche Probleme bei der Kontrolle und Überwachung der Abfallwirtschaft in den Beitrittsländern zu erwarten,
- es kommt zu einer Ausweitung der Transportvorgänge und
- es ist mit einem Entzug von Abfällen aus den Entsorgungsmärkten der alten Mitgliedsstaaten zu rechnen.

Alles in allem muss festgehalten werden, dass angesichts der abfallwirtschaftlichen Situation in den meisten Beitrittsländern die ausgehandelten Fristen großen Anlass zur Sorge geben.

Großer Bedarf an Sanierung und Nachrüstung

Spricht man über die abfallwirtschaftliche Situation in den Beitrittslän-

dern, so muss man sich vor allem eine Rahmenbedingung vor Augen halten: In den Beitrittsländern wird durchschnittlich noch doppelt so viel Abfall pro Einwohner produziert wie in den alten Mitgliedsstaaten. Sieht man sich die Situation in Polen, Ungarn und Tschechien genauer an, so erkennt man, dass Verwertungskapazitäten erst in sehr geringem Umfang vorhanden sind. Der größte Teil der Abfälle wird ohne vorherige Behandlung auf teilweise ungesicherte Deponien gelagert. Die Deponiepreise liegen dabei teilweise deutlich unter den deutschen und österreichischen Preisen. Insgesamt gibt es in Polen an die 900 Hausmülldeponien mit offizieller Betriebsgenehmigung. Gleichzeitig existieren nach Schätzungen aber an die 10.000 wilde Deponien. Von den genehmigten Deponien verfügen nur etwa 5 % über eine Basisabdichtung, lediglich etwa 20 % sind mit einer Sickerwassererfassung und ebenfalls nur rund 20 %

wie im Tief- und Straßenbau verwendet werden.

Schrittweise Öffnung der Märkte

Die Warenverkehrsfreiheit für Abfälle, die zur Verwertung bestimmt sind, wird schrittweise und vor allem erst dann gelten, wenn die Kandidaten die europäischen Standards bei der Entsorgung erreicht haben. So werden z. B. ungarische Abfallverbrennungsanlagen erst nach Ablauf der für sie vereinbarten Übergangsfrist zur Umsetzung der Abfallverbrennungsrichtlinien, also erst ab 2005, Abfälle aus anderen europäischen Staaten annehmen dürfen.

Polen wiederum wird seine Märkte für europäische Abfälle schrittweise in drei Stufen – zum Beitritt, Ende 2007 und endgültig Ende 2012 – öffnen, um innerhalb dieser Übergangsfrist eine moderne Abfallwirtschaft aufbauen zu können. Die grünen Verwertungsabfälle Glas, Papier, Altreifen und Kunststoff gehen erst nach 2007 in den freien Warenverkehr für Polen. Für Kunststoff kann die Kommission im Rahmen eines technischen Ausschusses mit den Mitgliedsstaaten eine Verlängerung der Beschränkung bis 2012 beschließen. Alle übrigen grünen Verwertungsabfälle – unter anderem trockengelegte Altfahrzeuge, nicht behandeltes Altholz, Metalle, Altreifen – sind ab dem Beitritt im freien Warenverkehr.

Auch die 31 von Polen gelisteten gelben Verwertungsabfälle – zumeist gefährliche Abfälle – können erst nach 2007 als Abfall zur Verwertung nach Polen exportiert werden. Die polnische Liste mit mehr als 30 Abfallschlüsseln wurde unverändert übernommen. Betroffen sind unter anderem Batterien, Autoshrederabfälle, Siedlungsabfälle und Klärschlamm. Auch hier kann der technische Ausschuss eine Verlängerung der Beschränkung bis 2012 beschließen. Alle übrigen gelben Abfälle sind ab dem Moment des Beitritts im freien Warenverkehr.

Einen ebensolchen wird es für alle roten und nicht gelisteten Abfallarten bis 2012 nicht geben. Verwertungsanlagen, denen Übergangsfristen gewährt wurden, werden erst nach Ablauf dieser Fristen Verwertungsabfälle aus den an-

Foto: Photo European Parliament



Das Europäische Parlament in Brüssel, dem Zentrum der Europäischen Union

mit einer Waage und Eingangskontrolle ausgestattet. Im Jahr 2001 lagen die Preise für die Deponierung unbehalteter Siedlungsabfälle zwischen 7 und 21 Euro pro Tonne. Eine Abfallbehandlung erfolgt in Polen nur bei etwa 2 % der zu deponierenden Siedlungsabfälle. Die thermische Behandlung in Hausmüllverbrennungsanlagen stößt auf große Akzeptanzprobleme. Die erste Anlage wurde überhaupt erst vor eineinhalb Jahren in Betrieb genommen. Die getrennte Erfassung und Verwertung von Wertstoffen befindet sich in Polen – wie auch in den anderen Beitrittsländern – erst in den Anfängen. So liegt diese etwa bei Altglas bei unter einem Prozent. Immerhin ist der Verwertungsanteil bei den industriellen Abfällen deutlich höher. So konnten z. B. im Jahr 1997 etwa 50 % der industriellen Abfälle im Bergversatz so-

Fortsetzung auf Seite 10



deren Mitgliedsstaaten annehmen dürfen. Polen wird alle Importe zur Beseitigung bis Ende 2012 verbieten und sämtliche Abfallverbringungen nach Polen – auch die der grünen Liste – müssen bis Ende 2012 notifiziert werden. Womit zumindest rechtlich alle Voraussetzungen geschaffen wurden, die Abfallexporte aus den alten Mitgliedsstaaten nach Polen stark zu begrenzen.

Erweiterung als Chance

Inzwischen ist es aber auch unbestritten, dass die Erweiterungsrunde nicht nur Risiken, sondern auch große Chancen mit sich bringt. Vor allem Chancen für neue Tätigkeitsfelder der Abfallwirtschaft in den bestehenden Mitgliedsstaaten. Denn alle Kandidatenländer werden noch in großem Ausmaß in ihre Abfallwirtschaften investieren müssen. Und zwar vor allem in Verwertungs-, Verbrennungs- und Deponiekapazitäten. Hier gilt es, Anlagen zu errichten, die den europäischen Standards entsprechen müssen. Vor allem der Aspekt der Verwertung wird massiv ausgebaut werden müssen, spielt er doch bislang eine vollkommen untergeordnete Rolle. Von den bereits angesprochenen Kostenschätzungen für notwendige Investitionen in die Umwelt von bis zu 120 Mrd. Euro werden rund 20 % – also ca. 24 Mrd. Euro – auf den Abfallsektor entfallen. Eine Zutrittsmöglichkeit in die neuen Märkte stellen Förderprogramme dar, welche die Kommission als so genannte „Vorbeitritts Hilfen“ aufgelegt hat. Insgesamt stehen damit über 3 Mrd. Euro pro Jahr zur Verfügung. Umweltprojekte werden über die Projekte Phare und ISPA gefördert. Bei ISPA, einem Finanzierungsprogramm für Strukturpolitik, stehen jährlich immerhin 500 Mill. Euro ausschließlich für den Umweltschutz zur Verfügung.

Moderne Umwelttechnologien und modernes abfallwirtschaftliches Know-how sind beim Aufbau moderner Abfallwirtschaften in den neuen EU-Mitgliedsstaaten dringend gefragt. Mit der Übernahme des Rechtsbestandes werden für alle Investoren in den „alten“ und „neuen“ Mitgliedsländern verlässliche wirtschaftliche Rahmenbedingungen geschaffen und gleichzeitig Tätigkeitsfelder eröffnet, die dazu führen sollten, dass letztendlich die Chancen gegenüber den Risiken überwiegen. ■

Intern:

Rückblick

Die Veranstaltungen im zweiten Halbjahr 2002

Insgesamt sechs Veranstaltungen standen zwischen September und November 2002 auf dem Programm des VÖEB. Einmal mehr handelte es sich dabei um ein vielseitiges Informations- und Weiterbildungsangebot.



Foto: VÖEB

175 TeilnehmerInnen folgten am 19. September 2002 in der Wiener Industriellenvereinigung aufmerksam den Ausführungen der Referenten zum Thema „Industrielle Mitverbrennung“.



Foto: VÖEB

Die vom VÖEB gemeinsam mit dem Umweltbundesamt organisierte Veranstaltung konnte mit hochkarätigen Experten aufwarten (v.l.n.r.: Dr. Karl-Heinz Gruber, Verbund Umwelttechnik; Dr. Ilse Schindler, UBA; Sektionschef DI Dr. Leopold Zahrer, BMLFUW; Chefredakteur Leopold Lukschanderl, Umweltschutz; DI Hans-Jörg Glinz, W&P Zementwerke; DI Walter Scharf, IUT; DI Wolfgang Konrad, selbstständiger Bauingenieur).

Den Anfang machte das gemeinsam mit dem Umweltbundesamt organisierte Symposium zum Thema „Industrielle Mitverbrennung“ am 19. September in der Wiener Industriellenvereinigung. Rund 175 TeilnehmerInnen aus allen Be-

reichen der Abfall- und Entsorgungswirtschaft folgten den Ausführungen der Referenten bzw. Podiumsdiskutanten. (Eine ausführliche Information entnehmen Sie bitte auch unserem Artikel ab Seite 5.)





Sechs LKW-Fahrer aus VÖEB-Mitgliedsbetrieben nutzten im September 2002 die Gelegenheit zu einem Fahrtechniktraining im ÖAMTC-Fahrtechnikzentrum.



Eine Frage der Verantwortung: das Beherrschen des LKW auch in Extremsituationen.

Am 27. September 2002 folgte eine weitere „klassische“ VÖEB-Veranstaltung: das **Fahrtechniktraining für LKW-Fahrer** im ÖAMTC-Fahrtechnikzentrum in Teesdorf/NÖ. Insgesamt sechs LKW-Fahrer nutzten die Gelegenheit, mit diesem Trainingsprogramm ihre Fahrkünste zu perfektionieren.

Ebenfalls bereits ein Standardbestandteil unserer Veranstaltungsreihe ist das Thema ADR. Diesmal stand die „**Schulung zur ADR-Novelle 2003**“ auf dem Programm. Am 17. Oktober folgten insgesamt 47 TeilnehmerInnen in Ansfel-

den den Ausführungen von Ministerialrat Dr. Gruntner, der in gewohnt professioneller Manier die wesentlichen Neuerungen der ADR-Novelle präsentierte.

Ausgesprochen positiv aufgenommen werden auch die von uns angebotenen **Kanaldichtheitsprüfungskurse**. Ein solcher fand zwischen 30. September und 2. Oktober 2002 im RHV Tennengau Nord statt. 16 Teilnehmer bestätigten das VÖEB-Konzept, diese Kurse anzubieten.

Fortsetzung auf Seite 12



Anschauungsunterricht im Kanaldichtheitsprüfungskurs des VÖEB.



Ein Bild des Erfolgs: Die Teilnehmer bzw. erfolgreichen Absolventen des Kanaldichtheitsprüfungskurses im September/Oktober 2002 im RHV Tennengau Nord.

Veränderungen im VÖEB-Vorstand

Mit Jahresende 2002 haben drei Mitglieder des VÖEB-Vorstandes ihre Funktionen zurückgelegt. Und zwar

- Dr. Ewald Klinger
- Josef Trummer
- Mag. Robert Jilek

Dr. Klinger war seit der Generalversammlung 2000 Mitglied des VÖEB-Vorstandes. In dieser Funktion übte er die Regionalvertretung Wien aus und stellte sein Know-how als Vorsitzender des FB VII (Wasser, Abwasser) zur Verfügung.

Josef Trummer konzentrierte seine Tätigkeit vor allem auf den Vorsitz des FB II (Öffentlichkeitsarbeit). Auch er gehörte dem VÖEB-Vorstand seit dem Jahr 2000 an.

Mag. Robert Jilek, ebenfalls seit 2000 im VÖEB-Vorstand, war als Vorsitzender des FB III nicht nur für die Themen Recht, Steuern und Versicherungen zuständig, sondern hatte als langjähriger EFB-Obmann wesentlichen Anteil an der Entwicklung des Entsorgungsbetriebs in Österreich.

An dieser Stelle ein herzliches Dankeschön für ihre engagierte, professionelle und erfolgreiche Arbeit im VÖEB-Vorstand!

Um die Arbeit des Vorstandes für den Verband in gewohnter Intensität ohne Unterbrechung fortsetzen zu können, galt es, die vakanten Vorstandsposten so rasch wie möglich neu zu besetzen. Daher wurden bereits in der Vorstandssitzung am 4. Dezember 2002 Mag. Frank Dicker von Saubermacher, DI Johannes Fischer von der N.U.A. und DI Franz Mittermayer von der AVN als weitere Kandidaten für den Wahlvorschlag des Vorstandes nominiert.

Literaturtipp

Abfallrechtlicher Geschäftsführer gemäß § 26 AWG 2002

Anforderungen und Ausbildungsinhalte für Abfallrechtliche Geschäftsführer und Erlaubniswerber.

Der Österreichische Wasser- und Abfallwirtschaftsverband (ÖWAV) widmet sich im Rahmen seiner abfallwirtschaftlichen Dienstleistungen unter anderem auch der Aus- und Weiterbildung des Betriebspersonals von Abfallbehandlungsanlagen. Das vorliegende Werk richtet sich an Erlaubniswerber gemäß § 26 AWG 2002 und an Personen, die eine Qualifikation als Abfallrechtlicher Geschäftsführer erwerben wollen. Darüber hinaus soll es den zuständigen Behörden als Hilfestellung bei der Ermittlung der erforderlichen Kenntnisse und Fähigkeiten dienen. Weiters soll es Anbietern von Ausbildungskursen als Richtlinie für die abzudeckenden Kursinhalte dienen.

Es ist beim ON (Österreichisches Normungsinstitut) zum Preis von EUR 19,- (exkl. USt und Versand, ÖWAV-Mitglieder erhalten eine Ermäßigung von 15 %) in 1020 Wien, Heinestraße 32, unter Tel.: 01/213 00 DW 805 oder per Fax: 01/213 00 DW 818 erhältlich.

Nachruf für Franz Huter

In großer Trauer und tiefer Betroffenheit geben wir bekannt, dass Franz Huter, Gründungsmitglied und langjähriger Rechnungsprüfer des VÖEB, am 1. November 2002 nach kurzer, schwerer Krankheit verstorben ist.

Der Verband verliert nicht nur ein Mitglied der ersten Stunde und einen exzellenten Fachmann, wir trauern vor allem um einen liebenswerten Kollegen und guten Freund. Unsere Anteilnahme gilt besonders seiner Familie.

Foto: VÖEB



Startsitzung des VÖEB-Arbeitskreises „Klärschlamm“ in Salzburg am 5. November 2002.

Foto: VÖEB



AK-Klärschlamm – links: Martin Klingler (DAKA); Ing. Christoph Biber (Hydro Ingenieure).

Fortsetzung von Seite 11

Gleiches gilt für den ebenfalls gemeinsam mit dem ÖWAV organisierten **Kanalreinigungskurs**, der im vergangenen Herbst zwischen 28. und 30. Oktober im Klärwerk der Innsbrucker Kommunalbetriebe stattfand. Diesen Kurs besuchten insgesamt elf Teilnehmer.

Zu den bereits wiederholt angebotenen Schulungen zählt das Seminar zum Thema „**Kostenkalkulation in der Entsorgungswirtschaft**“, das unter der bewährten Leitung von Mag. Korcak vor elf Teilnehmern am 22. November in Ansfelden abgehalten wurde. ■

Foto: VÖEB



Mag. Korcak bei seinen Ausführungen während des Seminars „Kostenkalkulation in der Entsorgungswirtschaft“.

Foto: VÖEB



Konzentriert und interessiert folgten die TeilnehmerInnen den Ausführungen des Seminarleiters Mag. Korcak.



Regionaltagungen

Im zweiten Halbjahr 2002 fanden insgesamt drei Regionaltagungen statt: am 24. September in Salzburg, am 30. Oktober in Innsbruck und am 26. November die kombinierte Regionaltagung für Niederösterreich und Burgenland in Guntramsdorf.

Auf dem Programm der Regionaltagung Salzburg stand die Besichtigung der Müllverbrennungsanlage Burgkirchen, an der unter der Leitung des Salzburg-Vorstandes Walter Ebner insgesamt 16 Mitglieder teilnahmen.

Die Regionaltagung Tirol unter der Leitung von Tirol-Vorstand Anna Maria Widmann wurde von 21 Teilnehmern besucht. Im Mittelpunkt der Veranstaltung standen vor allem Diskussionen rund um die Themen der Fachbereichs-Aktivitäten im letzten Jahr.



Foto: VÖEB

Interessanter Erfahrungsaustausch und gute Stimmung unter den 21 TeilnehmerInnen im Rahmen der Regionaltagung Tirol.

Die kombiniert veranstaltete Regionaltagung für Niederösterreich und Burgenland, geleitet von den für die beiden Bundesländer zuständigen Vorständen Mag. Georg Ketzler und Oswald Hackl, wurde von 35 Teilnehmern besucht. Im Zentrum der Veranstaltung stand – neben Diskussionen zu allgemeinen Themen der Entsorgungswirtschaft – ein Fachvortrag von Mag. Evelyn Wolfslehner vom BMLFUW zum Thema „Umweltgesetzgebung in Österreich; Aktivitäten und Auswirkungen der EU-Rahmenbedingungen“.

Alle drei Veranstaltungen dokumentierten einerseits durch die hohe Teilnehmeranzahl und andererseits durch die Lebendigkeit der Diskussion, wie wichtig diese Termine für verbandsinterne Kontakte und Erfahrungsaustausch sind. Auch der Umstand, dass sowohl die Kommunikation zwischen den Mitgliedern einerseits als auch Gespräche zwischen Vorstand und Mitgliedern andererseits so großen Stellenwert einnehmen, unterstreicht die Bedeutung dieser Termine. ■

Intern:

„Alle neune“ in der Aus- und Weiterbildung

Mit einem umfangreichen und interessanten Programm wartet der VÖEB mit seinen Vif-Zack-Seminaren auch im ersten Halbjahr 2003 auf.



VIFzack
Wissen mit Pfiff

Neben den „Dauerbrennern“ im Aus- und Weiterbildungsangebot wie Gefahrgutlenker-Schulungen, der Ausbildung zum Gefahrgutbeauftragten und dem Fahrtechniktraining für LKW-Fahrer reagiert man im VÖEB mit gänzlich neuen Angeboten verstärkt auf aktuelle Bedürfnisse bei den Mitgliedern. Zu diesen neuen Angeboten zählen Veranstaltungen zu Themen wie „Abfertigung neu für Unternehmer und Selbstständige“ oder „Betriebswirtschaftliche Interpretation von Bilanzen“. Erfreulich ist auch, dass sich die Kurse „Kanaldichtheitsprüfung“ und „Kanalreinigung“ bewährt haben. Ersterer findet bereits zum vierten Mal, letzterer sogar schon zum sechsten Mal statt. Abgerundet wird das Programm des ersten Halbjahres mit einem Seminar rund um die Förderrichtlinien bei der Altlastensanierung sowie zur Vorstellung der Neuerungen im Umweltrecht 2002.

Der VÖEB bietet damit insgesamt neun Seminare und Kurse an, die allesamt den Informations-, Aus- und Weiterbildungs-Bedürfnissen der Branche entsprechen. Und damit auch einen Beitrag zur weiteren Professionalisierung in der Entsorgungswirtschaft leisten werden. Nachfolgend stellen wir die Veranstaltungs- und Seminarangebote im Detail vor.

● **Gefahrgutlenker-ERSTSCHULUNG**

4-tägige Ausbildung gem. GGBG und ADR zur Erreichung der Bescheinigung für die Beförderung gefährlicher Güter – **ADR-Lenkerberechtigung**

Daten Jänner: Teil 1: 10. bis 11. Jänner 2003; Teil 2: 17. bis 18. Jänner 2003

Daten März: Teil 1: 7. bis 8. März 2003; Teil 2: 14. bis 15. März 2003

Ort: 2325 Velm/Himberg, NÖ

Preis: Euro 300,- + 20% USt. für VÖEB-Mitglieder, Euro 380,- + 20% USt. für Nicht-Mitglieder

● **Gefahrgutlenker-AUFFRISCHUNG**

1-tägiger Auffrischkurs zur Verlängerung der gültigen ADR-Lenkerberechtigung für Beförderungs-Einheiten mit gefährlichen Gütern; die Auffrischung ist innerhalb des letzten Jahres vor Ablauf der Frist (Gültigkeit des Ausweises) erforderlich!

Vortragende: Dr. Herbert Grundtner, Karl Wammerl, Martin Malits

Daten: 25. Jänner 2003, 22. März 2003

Ort: 2325 Velm/Himberg, NÖ

Preis: Euro 120,- + 20% USt. für VÖEB-Mitglieder, Euro 180,- + 20% USt. für Nicht-Mitglieder

● **4. Kanaldichtheitsprüfungskurs (Kooperation mit dem ÖWAV)**

- Grundlagen Kanal
- Rechtliche Grundlagen
- Sicherheit und Gesundheitsschutz
- ÖNORMEN und deren praktische Anwendung
- Messtechnik: Prüfen mit Luft und Wasser
- Praktische Übungen: Gerätetechnik, Kanalprüfungen, Schacht-/Behälterprüfung

Datum: 19. bis 21. Februar 2003

Ort: RHV Tennengau-Nord, 5081 Anif

Preis: Euro 590,- + 20% USt. für VÖEB-Mitglieder, Euro 700,- + 20% USt. für Nicht-Mitglieder

Fortsetzung auf Seite 14





Zusammenarbeit VÖEB – Montan- universität Leoben

Anlässlich der Eröffnung der Umwelt-Tagung „DepoTech“ am 20. November 2002 erfolgte zwischen dem Institut für Entsorgungs- und Deponietechnik der Montanuniversität Leoben und dem Verband Österreichischer Entsorgungsbetriebe die Unterzeichnung eines Kooperationsvertrages. Die Unterzeichnung wurde von VÖEB-Präsident Ing. Peter J. Kneissl und Prof. Albert Kneissl, dem ersten Vizerektor der Montanuniversität, vorgenommen.

Der Vertrag sieht eine breite Palette der Zusammenarbeit zwischen dem Verband und dem Institut für Entsorgungs- und Deponietechnik vor. Dabei steht vor allem der Wissenstransfer zwischen der Universität und den VÖEB-Mitgliedsbetrieben im Vordergrund. Darüber hinaus will der VÖEB den Studierenden auch Praktikumsplätze und Diplomarbeiten anbieten. Wobei VÖEB-Geschäftsführerin Mag. Daisy Schulze-Bauer der Überzeugung ist, „dass wir den Studenten auch Praktika in ganz Europa vermitteln können“. Generell ist die fundierte Ausbildung der Leobener Absolventen ein Motiv für die Zusammenarbeit gewesen. So meinte Schulze-Bauer weiter: „Die Branche braucht Experten mit den entsprechenden Kenntnissen und Qualifikationen. Diese Voraussetzungen sehen wir hier in Leoben an der Montanuniversität optimal gegeben.“

Auch Dr. Wolfgang Staber vom Institut für Entsorgungs- und Deponietechnik ist davon überzeugt, dass beide Partner von der Zusammenarbeit profitieren werden. Seiner Ansicht nach erhalten die VÖEB-Betriebe wissenschaftlich erarbeitete Lösungsansätze und die Universität wird in Zukunft mit Rückmeldungen aus der betrieblichen Praxis rechnen können. Seiner Ansicht nach diene der Verband dabei als „kommunikative Plattform“.

Fortsetzung von Seite 13

● Abfertigung neu – Pensions-eigenvorsorge für Unternehmer und Selbstständige – unter besonderer Berücksichtigung der steuerlichen Aspekte

- Überblick über Pensionseigenvorsorge – welche Möglichkeiten gibt es
- Höherversicherung in der gewerblichen Sozialversicherung
- Abfertigung neu; Gegenüberstellung Abfertigung neu für Dienstnehmer und für Selbstständige
- Einsatz und Variation von effizienten Argumentationsmethoden im passenden Moment
- Bauherrenmodell mit Vorsorgecharakter
- Renten iZm Betriebsveräußerung
- Möglichkeiten durch Rechtsformgestaltung

Vortragende: Mag. Martina Heidinger, Gabriele Sprinzi (SOT)

Datum: 27. Februar 2003

Ort: Wien

Preis: Euro 160,- + 20% USt. für VÖEB-Mitglieder, Euro 240,- + 20 % USt. für Nicht-Mitglieder

● Altlastensanierung – Neue Förderungsrichtlinien 2002 Neuerungen im Abfallrecht

- **Altlastensanierung – Neue Förderungsrichtlinien 2002**
- Grundlagen und Grundsätze der Förderung
- Neuerungen für Förderungswerber durch die Förderungsrichtlinien 2002 (Verursacherbegriff, Fördersätze usw.)
- Förderungsabwicklung in der Praxis
- **Neuerungen im Abfallrecht**
- AWG 2002 – bisherige Vollzugserfahrungen
- Durchführungs-Verordnungen (im Entwurf)
- Fortschreibung EU-Deponie-Richtlinie – Abfallannahmekriterien
- EU-Hygiene-Verordnung
- EuGH-Judikatur zur Verwertung und Beseitigung

Vortragende: RA Dr. Christian Onz (Kanzlei Dr. Onz), DI Moritz Ortman (Kommunalkredit Austria AG)

Datum: 6. März 2003

Ort: Haus der Industrie (IV), 1030 Wien

Preis: Euro 160,- + 20% USt. für VÖEB-Mitglieder, Euro 240,- + 20 % USt. für Nicht-Mitglieder

● 6. Fortbildungskurs für die Kanalreinigung (Kooperation mit dem ÖWAV)

- Rechtliche Grundlagen und ÖNORMEN
- Zweck der Kanalreinigung
- Wartung und Pflege des Kanalnetzes
- Sicherheit und Gesundheitsschutz
- Praktische Übungen: Fahrzeugtechnik und Reinigungspraxis

Datum: 10. bis 12. März 2003

Ort: Klärwerk der Innsbrucker Kommunalbetriebe AG

Preis: Euro 523,24 + 20% USt. für VÖEB-Mitglieder, Euro 595,92 + 20 % USt. für Nicht-Mitglieder

● Ausbildung zum Gefahrgutbeauftragten (gem. § 11 GGBG)

Alle Unternehmen, die gefährliche Güter transportieren, verladen oder entladen, müssen aufgrund des Gefahrgutbeförderungsgesetzes (GGBG) über mindestens einen Gefahrgutbeauftragten verfügen!

- 4-tägiger Prüfungsintensivkurs von Montag bis Donnerstag
- Schriftliche Prüfung am Donnerstag Nachmittag (allfällige mündliche Prüfungen anschließend)

Vortragende: Dr. Herbert Grundtner, Karl Wammerl, Martin Malits

Datum: 24. bis 27. März 2003

Ort: 2325 Velm/Himberg, NÖ

Preis: Euro 790,- + 20% USt. für VÖEB-Mitglieder, Euro 890,- + 20 % USt. für Nicht-Mitglieder

● Arbeitsplatz Straße: Fahrtechniktraining für Lkw-Fahrer

- Lenkübungen (Lenkslalom)
- Kurvenfahren (Erfahren des möglichen Extremverhaltens eines Lkws)
- Bremsübungen (Blockier- und ABS-Bremsübungen)
- Gefahretraining (Fahrspurwechsel, Rutschfläche, Schleudern usw.)

Datum: 9. Mai 2003

Ort: Teesdorf, NÖ/ÖAMTC-Testgelände

Preis: Euro 180,- + 20% USt. für VÖEB-Mitglieder, Euro 250,- + 20% USt. für Nicht-Mitglieder

● Betriebswirtschaftliche Interpretation von Bilanzen

- Richtiges Lesen und richtige Interpretation von Bilanzen
- Unternehmensbewertung

Vortragender: Mag. Thomas Korcak

Datum: 16. Mai 2003

Ort: A1-Raststation Rosenberger, Ansfelden Süd, OÖ

Preis: Euro 280,- + 20% USt. für VÖEB-Mitglieder, Euro 360,- + 20% USt. für Nicht-Mitglieder



Ideenreich, ereignisreich, erfolgreich

VÖEB-Mitglied DAKA im Jubiläumsjahr 2002

Mit diesen Attributen lässt sich das Jubiläumsjahr des Tiroler Entsorgungsunternehmens DAKA wohl am besten beschreiben. Das 30-jährige Firmenjubiläum bzw. das 10-jährige Bestehen der Tochterfirma „Tiroler Recycling Gesellschaft“ (TRG) nahmen Geschäftsführerin Barbara Zitterbart sowie Prokurist und neuer Mitgesellschafter Martin Klingler zum Anlass, innovative Impulse zu setzen und zukunftsorientierte Projekte umzusetzen.

Der DAKA DIALOG

Die Idee, das Firmenjubiläum 2002 in einer ungewöhnlichen Form zu feiern, war Grundstein für die Schaffung der innovativen Veranstaltungsreihe DAKA DIALOG. Mit der künftig einmal jährlich zu einem abfallwirtschaftsrelevanten Thema stattfindenden Informations- und Diskussionsveranstaltung will das Unternehmen noch stärker seiner Firmenphilosophie „Entsorgung und Recycling mit Verantwortung“ gerecht werden. Die Resonanzen auf die erste Dialogveranstaltung zum Thema „Abfallverbrennung in Tirol!?“ haben gezeigt, dass dieser neue Weg zwar steinig, aber gesellschafts- und umweltpolitisch wichtig und notwendig zu sein scheint.

Zum 1. DAKA DIALOG im Congress Centrum Alpbach waren hochkarätige Experten wie Univ.-Prof. Dr. DI Paul H. Brunner, Leiter der Abteilung Abfallwirtschaft und Stoffhaushalt TU Wien, sowie der Präsident des Verbandes Österreichischer Entsorgungsbetriebe, Ing. Peter Kneissl, geladen.

In ausgesprochen interessanten Referaten berichteten DI Franz Mittermayer, Geschäftsführer der Abfallverwertung Niederösterreich, und der Zwentendorfer Bürgermeister Ing. Hermann Kühtreiber, mit welcher Strategie und mit welchen Maßnahmen der Dialog mit der Zwentendorfer Bevölkerung geführt wurde und wie damit die – überraschend große – Zustimmung zur Errichtung der Müllverbrennungsanlage Zwentendorf erreicht werden konnte.

Vor rund 70 TeilnehmerInnen, darunter zahlreiche Tiroler Landtagsab-

Foto: DAKA



Der damalige Tiroler Landeshauptmann Weingartner bei seinem Vortrag. In der Mitte hinten Diskussionsleiter Elmar Oberhauser mit den weiteren Referenten.

geordnete, Bürgermeister, Vertreter der Abteilungen des Landes Tirol, der Tiroler Abwasserverbände und Energieversorger, ließ insbesondere der ehemalige LH Wendelin Weingartner mit einem Bekenntnis zur offensiven Zusammenarbeit mit den Bürgern aufhorchen. „Müllverbrennung“, so der Landeshauptmann in seinem Impulsreferat, „ist ein emotionales, politisches Thema, das breit diskutiert werden muss. Jeder muss wissen, dass es in Tirol ohne Müllverbrennung auf Dauer nicht geht. Jeder muss aber auch wissen, dass man eine Müllverbrennungsanlage nicht gegen die Menschen, sondern nur mit ihnen durchsetzen kann.“

Abgerundet wurde der DAKA DIALOG von einer lebendigen Mischung praxisorientierter Vorträge. Und zwar konkret von einem der renommiertesten Maler Österreichs, Prof. Ernst Fuchs, sowie weiters von DI Christoph Hinteregger, technischer Geschäftsführer des Vorarlberger Seilbahnen-Herstellers Doppelmayer, Univ.-Lektor Dr. Anton

Hütter, Mediator und Unternehmensberater, Dkfm. Kurt Horwitz, Chefredakteur der „Vorarlberger Nachrichten“, und Susanne Rynesch, Sprecherin der Österreich-Plattform Fluglärm. Sie alle zeigten in ihren Referaten auf, wie Erfahrungen und gewonnene Erkenntnisse aus ihrem jeweiligen Fachbereich zur Realisierung von diffizilen Projekten beitragen können.

Sowohl Besucher als auch Referenten stellten dem 1. DAKA DIALOG, der übrigens von ORF-Hauptabteilungsleiter Elmar Oberhauser in seiner bekannt „bissigen“ Art moderiert wurde, ein sehr gutes Zeugnis aus. Gleichzeitig mit dieser ersten DIALOG-Veranstaltung fiel gewissermaßen auch der Startschuss für die neue und in Zukunft zwei Mal jährlich erscheinende Firmen-Zeitschrift DIALOG. Darin werden künftig neben firmeninternen Neuigkeiten vor allem relevante und aktuelle Themen zur Abfallwirtschaft behandelt werden.

Fortsetzung auf Seite 16

Erdenwerk Radfeld – Klärschlamm für Landschaftspflege

Das Jahr 2002 hatte für das Unternehmen aber noch weitere Höhepunkte aufzuweisen: Mit der Inbetriebnahme des neu erbauten Erdenwerkes Radfeld im Jänner des vergangenen Jahres erweiterte DAKA ihr Betätigungsfeld um eine weitere Facette. Ausgangsmaterial bei der Kompostierung im Erdenwerk Radfeld ist Klärschlamm aus kommunalen Kläranlagen, der mit dem bei Landschaftspflegemaßnahmen anfallenden Strauch- bzw. Grünschnitt vermischt wird. Die Ausgangsmaterialien werden dabei im Verhältnis 1:1 gemischt und auf so genannten Dreiecksmieten aufgesetzt. Mit Kompostwendern wird das aufgesetzte Material mehrmals umgesetzt. Dabei wird Sauerstoff eingebracht, was den Rottevorgang in Gang setzt. Zusätzlich wurde eine automatisierte Lüftungsanlage installiert.

Der Wassergehalt des Materials sowie die Temperatur im Mietenkörper ist für eine optimale Prozess-Steuerung bzw. für den Rottefortschritt von größter Bedeutung. Nach mehrmaligem Wenden der Dreiecksmieten entsteht innerhalb von acht bis zehn Wochen „Toni's Kompost“, wie das Endprodukt des neuen Erdenwerkes genannt wird. Der Rotteprozess wird mittels computergesteuerter Spezial-Software ständig überwacht. Vor der Abgabe wird der Kompost sowohl noch einer Labor- als auch einer mikrobiologischen Kontrolle (Seuchenhygiene) unterzogen. In diesen



Neues Erdenwerk der Fa. DAKA in Radfeld, im Bild links ein Mietenwender im Einsatz.

Kontrollen wird überprüft, ob alle ökologisch-bodenkundlichen Parameter erfüllt sind und eine problemfreie Einführung in die jeweiligen Landschaftsbedingungen bzw. Anwendungen gewährleistet wird.

Der dabei gewonnene Kompost kann als Multifunktionsprodukt bezeichnet werden und eignet sich für folgende Anwendungszwecke: Düngung und Bodenverbesserung durch Zufuhr organischer Substanzen, Pflanzennährstoffen und basiswirksamer Stoffe; Abdeckung des Bodens zum Schutz gegen Verschlammung, Austrocknung und Erosion; Herstellung von Vegetationsschichten (Mutterboden) mit Kompost als Mischkomponente; Herstellung von Kultursubstraten (Blumenerde) mit Kompost als Mischkomponente. Gemäß der Kompostverordnung gibt es zwei von Toni's Kompost erreichte Qualitäten:

- **Qualitätsklasse A**
für Hobbygartenbau, Pflanzungen oder Landschaftsbau und Landschaftspflege sowie Rekultivierungsschicht
- **Qualitätsklasse B**
für Landschaftsbau und Landschaftspflege sowie Rekultivierungsschicht

Beteiligungsveränderung

Die Expansionsmaßnahmen bei DAKA blieben im vergangenen Jahr aber nicht auf die Errichtung des Erden-

werkes Radfeld beschränkt. Mit dem Rückkauf der von der deutschen LOBBE-Gruppe gehaltenen DAKA-Anteile wurde zusätzlich noch das der LOBBE-Gruppe gehörende Müllunternehmen DENGK übernommen. Weiters wurde eine mehrheitliche Beteiligung an der Recycling Ost in Hopfgarten unter Dach und Fach gebracht. Durch den Rückkauf der Anteile und der erwähnten Übernahme und Beteiligung ist DAKA nunmehr in der Lage, sämtliche Aufgaben der Abfallentsorgung aus einer Hand anzubieten.

Aber auch firmenintern gab es bezüglich Beteiligungsveränderung Neuigkeiten. Martin Klingler, langjähriger Mitarbeiter und Prokurist bei DAKA, wurde neuer Mitgesellschafter. ■

Geschäftsfelder der Firma DAKA:

- Dienstleistungsbereiche Abfallwirtschaft (von Problemstoffen bis Hausmüll)
- Entsorgungssysteme (für Gewerbe, Industrie und Private)
- Kanalarbeiten (von Reinigung, Kamerabefahrung bis Sanierung)
- Tankarbeiten (von Reinigung bis Sanierung)
- Sanierungsarbeiten (von Altlasten bis Brandschäden)
- Sammlung von Wertstoffen im ARA-System (Altpapier, Kunststoff, Metalle)
- Verwertung von Klärschlämmen

DAKA – Entsorgung mit Verantwortung

Bergwerkstraße 20
A-6130 Schwaz

Tel.: +43 (0)5242/6910

Fax: +43 (0)5242/691023

E-Mail: office@daka.cc

Internet: www.daka.cc



Firmenchefin Barbara Zitterbart mit Prokurist und neuem Miteigentümer Martin Klingler.

IMPRESSUM

Eigentümer, Herausgeber und Verleger:
Verband Österreichischer Entsorgungsbetriebe,
Mag. Daisy Schulze-Bauer, Lothringerstraße 12,
1030 Wien, Telefon: 01/713 02 53, www.voeb.at
Konzeption und Text: communication matters
Layout und Grafik: JoHeinDesign
Druck: Grasl Druck & Neue Medien

